

Riesaer Tageblatt

Dienstanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernmel Nr. 20.
Börsch Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Botschaftsort:
Dresden 1520.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständlicheste Blatt.

Nr. 20.

Dienstag, 24. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise bezahlt wird wie das Recht der Preissteigerung vor. Kapitale für die Rückerstattung des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voran zu begleiten; eine Summe für das Schreiben an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundrente für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grünschrift-Seite (6 Seiten) 20 Gold-Pfennige; gezeichnete und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auszugsgebot im Konkurs steht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Höchstige Unterhaltungsbeläge. Der Verleger an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsbehörden — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotausgabe und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weichstraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Ihr Anwalt: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Wahlkampf in Polnisch-Oberschlesien.

Der Wahlkampf in Polnisch-Ost-Oberschlesien nimmt immer seltsamere Ausmaße an, zeigt immer mehr Erscheinungen, die sich sehr bedenklich auf die Gestaltung der Beziehungen Polens zu Deutschland auswirken müssen. Die polnische Arbeitsgemeinschaft, das ist die Vereinigung sämtlicher polnisch-bürgerlicher Parteien, führt den Kampf unter der Parole, daß Ost-Oberschlesien für den polnischen Staat verloren wäre, wenn es nicht gelänge, den Wahlsieg zu erringen: „Die bevorstehenden Wahlen“, so heißt es in dem Aufruf der polnischen Arbeitsgemeinschaft, müssen die große unerschütterliche Macht des Polentums in Schlesien zeigen, weil nur diese Macht die dauernde Befriedung dieses Gebietes und die Voraussetzungen für die volle Ausgestaltung aller Lebensgebiete garantieren kann. Nur eine entscheidende Macht und Übermacht des Polentums in Schlesien kann den deutschen Hochmut und die deutschen Eroberungspläne zunichte machen.“ Diese Besorgnisse der Polnischen Arbeitsgemeinschaft um das Polentum in Schlesien und in Polen überhaupt sind nicht allein Wahlmache, sie rufen auch auf ganz konkreten Tatsachen. Man hat zu beachten, daß die nationalen Minderheiten Polens 38 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, das heißt, daß mehr als ein Drittel der Bevölkerung Polens nicht polnisch ist. Bis jetzt waren die deutschen Minderheiten in Polen im Sejm durch 17 Abgeordnete vertreten, 18 deutsche Abgeordnete kamen durch die unmittelbare Wahl ihrer Kreise und 4 auf Grund der sogenannten Staatsliste in den Sejm, die Wojewodschaft Schlesien allein stellt 5 Abgeordnete. Insofern dürfte sich die Lage vielleicht etwas geändert haben, als die Partei der deutschen Sozialdemokraten in Polen beschlossen hat, bei der Wahl gemeinsame Sache mit den polnischen Sozialdemokraten zu machen. Immerhin darf man doch annehmen, daß die deutschen Parteien ihre Mandatsträger behaupten werden, zumal ein großer Teil des Polentums Oberschlesiens, aus Erbitterung über die Misshandlung Warschaus, wiederum deutsch wählen dürfte. Das stärkste Mittel der polnischen Behörden im Wahlkampf ist noch immer in den gefälschten Wählerlisten zu suchen. Tausende und Abertausende von deutschen Wahlberechtigten in Polnisch-Oberschlesien sind bekanntlich nicht in den offiziellen Wählerlisten aufgenommen worden. Die Flammationen der Deutschen wurden zum Teil abschlägig beschlossen, zum Teil wurden sie so lange „durchgeprüft“ werden, bis sie gegenstandslos geworden sind. Das Bestreben der polnischen Behörden, die deutschen Minderheiten unabdingt als Feinde des offiziellen polnischen Staates hinzustellen, geht schon aus dem Märchen verschiedener polnischer Blätter hervor, nach dem die Kommunisten entschlossen sein sollten, für den Fall, daß ihre eigene Liste verboten wird, für die Deutschen zu stimmen. Erfreulicherweise ist festzustellen, daß die Geschlossenheit des Deutschums, je stärker die polnischen Willküraktionen eingesetzt werden, um so stärker und kräftiger in Erziehung tritt. Man kann daher mit voller Zuversicht mit einem günstigen Ergebnis der Wahlen in Ost-Oberschlesien rechnen.

Die Aufnahme der Antwort Briands an Kellogg in Washington.

Paris. Dem New York Herald wird aus Washington über den ersten Einbruch der französischen Antwortnote in der Frage des Antikriegspastes berichtet, man sei versucht, anzunehmen, daß ein weiterer Meinungsauftausch in dieser Frage unvermeidbar sei, denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Paris bestünden weiter. Es besteht eigentlich nur noch eine Hoffnung, Diplomatische Verhandlungen zwischen den Großmächten vertretenden Diplomaten könnten, wie gewisse Kreise annehmen, eventuell zu einer Verständigung über eine gleichzeitige Erklärung führen, durch die jede Macht, soviel es sie betrifft, auf jeden Krieg verzichte. Wenn auch eine derartige Erklärung nicht so direkt sein würde wie ein formeller Vertrag, so würde sie doch eine strenge moralische und abholtrende Wirkung haben. Auch in einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington heißt es, die französische Antwort bereite allen Ausichten auf eine Verhandlung ein Ende, und die Aufmerksamkeit Washingtons werde sich künftig allein auf die Erneuerung des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages, über den jetzt verhandelt werde, konzentrieren.

Bie ist der Landwirtschaft zu helfen?

W. Berlin. Der Haushaltshaushalt des Reichsstandes lehrt am Montag die allgemeine Nutzbrache über den Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort.

Abg. Gepp (DVP) rechte die Gründung eines Motorverleihinstituts mit staatlicher Hilfe an, und er erklärte, daß seine Freunde den sehr ersten Ausführungen des Ministers über die Verschuldung der Landwirtschaft durchaus zustimmen, ebenso im Grundgedanken auch keinen Ausführungen über die Ordnung der Schuldenverhältnisse. Ein endgültiges Urteil darüber, ob die Regierung wirklich helfen wolle oder können, werde man erst dann fassen können, wenn genaueren Mitteilungen über die Einzelheiten vorliegen. Der bürgerliche Besitz müsse besonders berücksichtigt werden. Die nationale Arbeit müsse gegenüber den unterbietenden Auslandskonkurrenz geschützt und Steuerentlastung oder Steuererlaß im geeigneten Maße bewilligt werden. Nur eine Einkommensteuerreform, die sich auf einen mindestens dreijährigen, beim Weinbau fünffachen Durchschnitt aufzubauen, werde der Lande gerecht.

Abg. Gerauer (BSP, Volksgr.) bezeichnete die Gesamtlage der Landwirtschaft als außerordentlich traurig. Ten jüngsten Ausflug könne die Wirtschaft nicht tragen. Warum werde das Kontingent für die Fleischerscheinung nicht herabgesetzt?

Abg. Pennemann (SPD) kritisierte das System der Besteuerung der Landwirtschaft, namentlich die Vorausbilanz. Mit Recht werde über die Höhe der sozialen Lasten gekämpft. Die bürgerlichen Betriebe liegen besonders unter den gesunkenen Schweinepreisen, woran das Überangebot aus dem Ausland schuld sei.

Abg. Schmidt-Körner (SDP) wandte sich im Interesse der Landarbeiter gegen die Generalgemeinerung der Gebühren von der Not der Landwirtschaft. Kein Schlichter wage jetzt, auch nur einen halben Pfennig Lohn mehr an die Landarbeiter zu bewilligen. Die Landwirtschaft müsse auch Selbsthilfe üben.

Abg. Hoernle (SPD) führte aus, daß nicht die Janiter, sondern die Bauern die große Masse der Landwirtschaft bildeten und gerade die Bauern am meisten Not litten.

Abg. Dietrich-Waden (Dem.) kam auf seine früheren Vorfälle zurück, wonach Güter, die nicht mehr zu halten seien, vom Staat aufgelöst und in kleine Siedlungen verteilt werden sollten.

Minister Schiele

führt aus, er habe am Sonnabend bestimmte Summen für die zur Entschuldung der Landwirtschaft benötigten Kredite mit Absicht nicht angegeben, da das Kabinett hierüber noch nicht abschließend getagt habe. Lieber die Frage der Zungsmitte-Kredite seien Belastungen im Gange. Soweit es in seinem Machtbereich liege, werde er dafür sorgen, daß Gemeinden infolge etwaiger Kredit-Restriktionen, die verhängnisvoll wären, nicht eintreten. Man mußte der Tatjache die größte Aufmerksamkeit zuwenden, daß die Menge der bezogenen Hüngemittel sich in den Bezirken, in denen sich die Katastrophen der Landwirtschaft am meisten ausgewirkt habe, leider vermehrt habe. Selbstverständlich sei die allgemeine Not der Landwirtschaft nicht ohne Rückwirkung auf die Tariflöhne der Arbeiter geblieben. Der Druck auf die Viehprixe sei dadurch verstärkt worden, daß im Jahre 1926 206 000 lebende Kinder eingeführt wurden,

1927 sogar 306 000. An Schweinen seien eingeführt 1926 117 000 Stück, 1927 98 000 Stück. Der Zollschutz sei unbeweisbar und auf Fleischfleisch ständen nicht in richtigem Verhältnis. Mit dem Abg. Hörmann befindet er sich in Übereinkunft darüber, daß es dem kleinen Bauern am schlechtesten gehe. Bedauerlicherweise verfüge der Konsum von den niedrigen Viehpreisen keinerlei Vorteil. Die Spanne zwischen dem Stallpreis für Schweine und dem Ladenpreis für Schweinefleisch habe sich gegenüber 1913 um 50 Prozent erhöht. Der Stallpreis für Schweine steht heute unter dem Kriegspreis. Am 24. d. M. werde der Preis für Fleischfleisch fallen. Hierbei werde diese ganze Frage geprüft werden.

Weiterberatung heute Dienstag.

Wie das Nachrichtenbüro des V. D. P. hört, werden die Parteien zur Linderung der Not der Landwirtschaft dem Reichsfinanzminister im wesentlichen folgende Forderungen unterbreiten:

1) Übernahme des Binfondienstes der Rentenbank-Kredite für das Jahr 1928 bzw. für die Dauer des Notstandes durch das Reich.

2) Einschaltung von Zwischenkrediten zur Verbesserung des Binfondienstes für Auslandsanleihen.

3) Verhandlungen mit der preußischen Staatsregierung über die Beschränkung der Einfuhr von ausländischem Fleisch.

4) Ermäßigung der Einkommensteuererlöse zugunsten des Kleinbauernvertrags.

In den Verhandlungen bestand Einigkeit über die Notwendigkeit dieser Hilfe, doch konnte über die Ausbringung der erforderlichen Mittel noch nichts Endgültiges beschlossen werden, da der Reichsfinanzminister erst die Stellungnahme des Kabinetts herbeizuführen will.

Beschlüsse der Landbundsführer.

W. Berlin. Die gestern hier versammelten Landbundsführer von Brandenburg, Pommern, Schlesien, Oberschlesien, Niedersachsen, Thüringen, Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, Lübeck, Hamburg, Anhalt, Freistaat Sachsen, Westfalen und Provinz Sachsen veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt:

1) Wie dulden keine Einschränkungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können, insbesondere nicht den Abschluß eines polnischen Handelsvertrages, der nur auf Kosten der Landwirtschaft, besonders auf Kosten der Kleinbauern und der Landarbeiter abgeschlossen werden kann.

2) Wie werden unsere Betriebe so schnell, wie die Wirtschaftsform des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen. Der Gutsbauernbau wird so weit unterbleiben, als nicht genügend fähige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

3) Wie stehen zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Wechseln, Sämlingen, Steuern und Abgaben nur noch aus den aufzunehmenden Erträgen des Betriebes zahlen. Wir werden alles daran legen, ausreichende Löhn für unsere Arbeiter und Angestellten heranzutragen.

4) Gegen eine zwangsläufige Verdrängung aus landwirtschaftlicher Subsistenz werden wie von Fall zu Fall die und nötig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Sitzung des Vorstandes des Deutschen Städtebundes.

W. Berlin. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes, der gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der im Hinblick auf die geplante finanz- und wirtschaftspolitische Anspannung an die deutschen Stadtverwaltungen die dringende Aufforderung gerichtet wird, jegliche vermeidbare Ausgabe zu unterlassen. Die deutschen Städte wollen in vollem Umfang bei durch die Gesamtlage des deutschen Volks bedingten Wirtschafts- und Finanzpolitik Rechnung tragen. Die Linderung der sozialen Not und die Überwindung der Wohnungsknoten beanspruchen die äußerste Kraftanstrengung der Städte. Wenn sich durch die notwendige Ausgabendrohung bei den Gemeinden Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigungsgrad ergeben, so liegt die Urteil in der Finanzpolitik des Reichs. Während die Wirtschaft fürstlich eine Senkung der Steuern verlangt und eine Steige von Interessengruppen die Befreiung der ihnen unerwünschten Steuern betreibt und so die Gemeindeeinnahmen immer erneut eingeschränkt würden, seien den Gemeinden auch in den letzten Monaten fortgesetzt neue Kosten aufgelegt worden. Die Wohnungskonkurrenz für 1928 sei ungelöst. Das Reichsbaudienst werde eine weitere wesentliche Kostensteigerung zur Folge haben. Die von der Wirtschaft in ihrem „Notprogramm“ aufgestellte ökonomische Forderung nach einer 10 prozentigen Ausgabenbegrenzung sei bei dieser Sitzung unerreichbar. Um so dringlicher sei die Durchführung einer organischen Verwaltungsreform in Städten und Landen. Bei ihrer Vorbereitung mühten die kommunalen Interessen abhängig be-

einfließt werden, wenn die Beschlüsse der Länderkonferenzen zu einem positiven Ergebnis ausgehalten werden sollen.

In einer zweiten Entschließung weist der Vorstand des Deutschen Städtebundes den Vorwurf zurück, daß der Städtebund bei der Propagierung der Getränkesteuer rein fiskalische Interessen unter dem Deckmantel sozialer Reformen verfolge und die Städte ein Interesse an der Steigerung des Alkoholverbrauchs hätten. Der Vorstand des Städtebundes habe eingehende Grundlage über die politische Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs aufgestellt. Ein Alkoholverbot für Deutschland erachte der Städtebund nicht: Getränkesteuern aber seien notwendig, um eine wirtschaftlich untragbare, sozial ungerechte Anspannung anderer Steuerquellen zu verhindern.

Die Einnahmen des Reichs.

Ein günstiges Gesamtergebnis.

W. Berlin. Nach der neuesten Übersicht über die Einnahmen des Reichs erbrachte das Gesamtauskommen in den ersten drei Quartalen des laufenden Steuerjahrs 525 Millionen RM. mehr als 1/3 des Voranschlags für das schmale Steuerjahr von 7750 Millionen RM., jedoch auch nach dem geringen Dezemberauskommen ein günstiges Gesamtergebnis für das Rechnungsjahr 1927 erwartet werden kann.

Vom Schultreuer Emden.

W. Berlin. Schultreuer Emden ist in Santa Barbara de Samana (Dominikanische Republik) eingetroffen und wird am 9. Februar nach St. Thomas (Westindien) in See gehen.